

4-7-147-RFA/14

Berlin, 19. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau Göbel,

Bezug nehmend auf den am 13. Dezember dieses Jahres in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Bestrafung Ecuadors gefordert“ von Herrn Mihm weise ich hiermit darauf hin, dass die Wortwahl dieser Überschrift an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte erinnert.

Ich lasse nicht einmal den Gedanken zu, dass die Republik Ecuador bestraft werden könnte und weise diesen kolonialen Duktus, einer großen und renommierten Tageszeitung unwürdig, entschieden zurück. Die „Bestrafung“ eines Landes zu fordern, ist eine dünkelfhafte Macht-Anmaßung einer Gesellschaft gegenüber einer anderen. Der Titel zeugt entweder von Ignoranz oder imperialen Wünschen. Dieser infame Titel tut eine selbstherrliche und präventöse Auffassung kund: Dabei wird ein souveräner Staat auf gleichsam selbstüberzogene Weise verunglimpft und die Folgen einer solchen gravierenden Erniedrigung eines unabhängigen, demokratischen und rechtsstaatlichen Mitglieds der internationalen Staatengemeinschaft sind hierbei nicht bedacht worden. Der Titel offenbart einen Mangel an Sinn für Demokratie und stellt eine grobe Missachtung des völkerrechtlichen **Grundsatzes der souveränen Staatengleichheit** dar.

Zur im genannten Artikel angesprochenen Reise deutscher Abgeordneter, Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, welche nicht stattfinden können, gilt es hervorzuheben, dass dieser Besuch weder über die entsprechenden staatlichen Stellen, das heißt über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Menschliche Mobilität Ecuadors, geplant noch angemessen koordiniert wurde. Es stimmt also nicht, dass Ecuador nicht habe informieren wollen; allein die **Art und Weise der Vorbereitung der Parlamentarierreise entsprach nicht den diplomatischen und allgemeinen Gepflogenheiten und es mangelte an Koordination.**

Der Autor behauptet, die Regierung Ecuadors wollte die Einreise dieser Parlamentariergruppe „offensichtlich verhindern“. Diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich legt die Regierung des Präsidenten Rafael Correa viel Wert auf eine zumindest annähernd objektive Informationsmöglichkeit für die Abgeordneten, das heißt dass die Parlamentarier sowohl Oppositionelle als auch Regierungsstellen und zivilgesellschaftliche Akteure treffen können. Allein das Programm des genannten Reisevorhabens ist erst wenige Tage vor der geplanten Reise dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Menschliche Mobilität Ecuadors übermittelt worden. So ist eine ausgewogene und koordinierte Reisevorbereitung schlicht nicht machbar.

Frau
Heike Göbel
Leitende Redakteurin
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Hellerhofstraße 2-4
60267 Frankfurt am Main h.goebel@faz.de

...//...

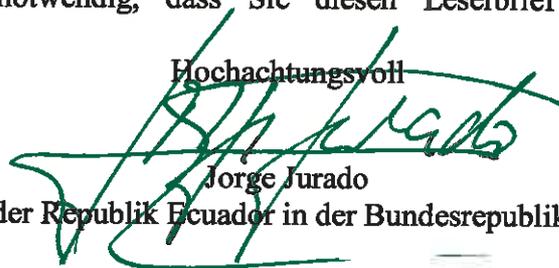
...2...

Weiterhin schreibt der Autor, dass die Regierung Ecuadors im Yasuní-Nationalpark jetzt Erdöl fördern wolle, „nachdem sie nicht mit ihrer Forderung durchgedrungen war, sich den Verzicht auf die Ausbeutung der Lagerstätten durch die Milliardenzahlung internationaler Geldgeber abkaufen zu lassen.“ Es gilt, an die Tatsache zu erinnern, dass die Hauptursache des Scheiterns der Initiative Yasuní-ITT in der Ablehnung durch den früheren Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Herrn Dirk Niebel, liegt. Zudem wurde damit eine zukunftsweisende Initiative zurückgewiesen, die Ende Juni 2008 mit einmütiger Zustimmung durch die vertretenen politischen Parteien die formelle Unterstützung des Deutschen Bundestags gefunden hatte. Schon der Ausdruck „Milliardenzahlung“ ist fehlerhaft: Ecuador betreibt keinen Handel mit Prinzipien, auch nicht mit Konzepten! Es handelte sich bei der Initiative Yasuní-ITT um ein wegweisendes Konzept zur **Kompensation** sowie zur Kooperation für nicht ausgebeutete ecuadorianische Erdölvorkommen im Nationalpark mit der weltweit höchsten Artenvielfalt. Im Rahmen der Initiative Yasuní-ITT wären die **ökologischen Schulden** der Industrieländer, die auf ihrer **faktischen historischen Verantwortung dieser entwickelten Staaten für die Erderwärmung** beruht, erstmals umfassend berücksichtigt worden.

Zum im Artikel angesprochenen Fall der „Ermordung des prominenten einheimischen Umweltschützers und Gewerkschafters José Tendetza“ teile ich Ihnen mit, dass das ecuadorianische Innenministerium eine Belohnung von 100.000 US-Dollar angesetzt hat für denjenigen, der zur Aufklärung dieses Delikts entscheidend beiträgt. Doch dieser strafrechtliche Fall darf nicht instrumentalisiert werden, indem er im Zusammenhang mit einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung zur oben erwähnten diplomatischen Angelegenheit zwischen Ecuador und Deutschland hervorgehoben wird; diese Form der diskordanten Informationsaufbereitung strebt augenscheinlich keine gründliche Recherche des Gegenstands an, sondern vermittelt einen tendenziös konstruierten Gesamtzusammenhang.

Für entsprechende Auskünfte, Interviews oder Hintergrundgespräche stehe ich jederzeit gern zu Ihrer Verfügung und ich halte es angesichts der Tragweite des in der Überschrift dieses Presseartikels verwandten überheblichen sowie zutiefst herabsetzenden Kolonialdiskurses für notwendig, dass Sie diesen Leserbrief in der Printversion veröffentlichen.

Hochachtungsvoll



Jorge Jurado

Botschafter der Republik Ecuador in der Bundesrepublik Deutschland

CC: Herr Werner D'Inka
Herr Berthold Kohler
Herr Günther Nonnenmacher
Herr Holger Steltzner
Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*
Hellerhofstraße 2-4, 60267 Frankfurt am Main

Andreas Mihm, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Politikredaktion, a.mihm@faz.de